

## Stellungnahme

zum  
Neu-Entwurf (Stand 04.05.2020) einer

### **Verordnung zur Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung, der Apothekenbetriebsordnung und der Verordnung über apothekenpflichtige und freiverkäufliche Arzneimittel**

Wir bedanken uns für die Übermittlung des neuen Referentenentwurfs und die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Zu den geplanten Änderungen möchten wir folgende generelle Anmerkung machen:

Die Entlassung der aufgeführten Antiparasitika aus der Verschreibungspflicht sehen wir als Standesvertreter insgesamt kritisch. Insbesondere von der Gruppe der Pyrethroide, hier ist vor allem das Permethrin zu nennen, weiß man, dass sie für die Katze ein erhöhtes toxisches Potential besitzen, so dass die Anwendung dieser Wirkstoffgruppe individuell zu hochgradigen unerwünschten Arzneimittelwirkungen führen kann.

Zudem möchten wir Ihnen folgenden speziellen Hinweis geben:

#### **Artikel 3: Änderung der Verordnung über apothekenpflichtige und freiverkäufliche Arzneimittel**

Wie bereits in unserer Stellungnahme vom 21.01.2020 geschehen, möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass der Befall mit *Varroa destructor* in Bienenvölkern seit geraumer Zeit als Varroose bezeichnet wird. Die Bezeichnung Varroatose ist veraltet. Daher schlagen wir vor, die Position folgendermaßen umzubenennen: „Oxalsäuredihydratlösung 4,4 % in Kombination mit Ameisensäure 0,5 % – zur Behandlung der **Varroose** der Bienen –“.

In diesem Zusammenhang müssten zur Vereinheitlichung der Einträge in Anlage 1a auch der Begriff "Varroatose" in "Varroose" umbenannt werden. Das betrifft die Einträge "Ameisensäure bis 65 % ad us. vet. - zur Behandlung der Varroatose der Bienen -" und "Milchsäure bis 15 % ad us. vet. - zur Behandlung der Varroatose der Bienen -".

Berlin, den 20.05.2020

---

Die Bundestierärztekammer ist eine Arbeitsgemeinschaft der 17 Landes-/Tierärztekammern in Deutschland. Sie vertritt die Belange aller rund 42.000 Tierärztinnen und Tierärzte, Praktiker Amtsveterinäre, Wissenschaftler und Tierärzte in anderen Berufszweigen, gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit auf Bundes- und EU-Ebene.